

## Ursachen sind schwer zu finden



Türkische Nationalist\*innen am Kölner Dom. (Foto: rod)

**In den Abendstunden des 16. Aprils stand das am Ende knappe Ergebnis fest: 51,4 Prozent der türkischen Wähler\*innen entschieden sich für die Verfassungsänderung in der Türkei hin zum Präsidentsystem. Das Nein-Lager erreichte trotz massiver Einschüchterungen und Repressionen 48,6 Prozent der Stimmen und sah sich wegen der Wertung nicht genehmigter Wahlzettel einer Wahlmanipulation ausgesetzt. Mit 63,2 Prozent erhielt Erdogans Referendum in Deutschland noch mehr Zuspruch. Es entfachte eine Diskussion über das Wahlverhalten Türkeistämmiger.**

Mit dem Ja zum Referendum stimmten türkische Wähler\*innen für eine massive Machterweiterung des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan (AKP). Doch nicht nur aufgrund der Verfassungsänderungen selbst, auch wegen des Verlaufs der Wahl, werden kritische Stimmen immer lauter. „Es gibt berechnete Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Verlaufs des Referendums und besonders hinsichtlich der Auszählung der Stimmen“, erklärt Berna Pekesen, die eine Brückenprofessur am Institut für Turkistik und am Historischen Institut an der Universität Duisburg-Essen inne hat, und führt aus: „Vor allem hätte das Referendum unter den Umständen des Ausnahmezustandes nicht stattfinden dürfen. Viele Kurden im Osten und Südosten des Landes konnten nicht wählen.“ Darüber hinaus seien Mitglieder anderer Parteien, die nicht mit Ja stimmen wollten, verhaftet und massiv

eingeschüchtert worden. Das betrifft besonders Politiker\*innen der prokurdischen HDP.

Noch am Wahlabend kündigte die Opposition – allen voran die kemalistische CHP – an, das Ergebnis der Wahl nicht anerkennen zu wollen und weitere rechtliche Maßnahmen zu ergreifen. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) bestätigte die von der Opposition getätigten Vorwürfe der Manipulation sowie des Wahlbetrugs und sprach sich für eine Neuzählung des Referendums aus. Die Gruppe des Dachverbands der Studierenden aus Kurdistan YXK an der Universität Duisburg-Essen merkt an, dass „vielerorts die Menschen gezwungen wurden, offen ihre Stimmen abzugeben; WahlurnenleiterInnen und -mitarbeiterInnen der HDP wurden aus den Wahllokalen geschmissen und/oder festgenommen; Militärs und Soldaten hielten die rechtlich festgelegte Distanz zu den Wahlurnen nicht ein und erzeugten vor den Wahllokalen Drohkulissen“.

### „Autoritäre in der Sicherheit der Demokratie“

Nicht nur in der Türkei sorgte das Referendum für heftige Kontroversen. Auch das Stimmverhalten der Türkeistämmigen in Deutschland sorgte für Diskussionen. Von etwa 1,4 Millionen Wahlberechtigten haben zirka 700.000 ihre Stimme abgegeben, 63,1 Prozent davon mit Ja. In Essen lag die Zustimmung mit 76 Prozent gar über dem Bundesdurchschnitt. „An den Wahlergebnissen lässt sich das Land-Stadt-Gefälle beziehungsweise die Spaltung zwischen Ost und West in der Türkei sehr deutlich ablesen“, erklärt Pekesen. So seien größtenteils das anatolische Kernland und die Schwarzmeerküste die Regionen, aus denen die meisten Türk\*innen in Deutschland stammen würden – die Regionen also, in denen Erdoğan die größten Erfolge geholt hat. „Sie entstammen aus einem islamisch und konservativ geprägten Umfeld, aus dem sie ihre Identität und Orientierung an der Religion ableiten. Die türkische Nation und der Islam sind ihnen heilig“, so Pekesen. Sie erklärt weiter, dass für diese Wähler\*innen nicht demokratische Werte wie die Gewaltenteilung, Meinungsvielfalt und Pressefreiheit von Bedeutung seien, sondern, ob der „Führer“ ihres Heimatlandes ein gottgefälliges Leben führe, die islamischen Gebote einhalte und, was offensichtlich nicht weniger wichtig ist, er dem Westen zeige, wo der Hammer hängt.

Das reflexartige „Alle die mit ‚Ja‘ gestimmt haben sollen doch in die Türkei gehen“ in sozialen Medien und die angestoßene Debatte um die Abschaffung des Doppelpasses, unter anderem in den *Tagesthemen* mit einem Kommentar von Sonia Milkich oder in einer Kolumne von Jakob Augstein, greift allerdings zu kurz. Selbst wenn alle Erdoğan-Wähler\*innen in die Türkei zurückgehen würden, ändert dies nichts am Nationalismus in

### AfD-Wahlprogramm



Die AfD hat die politische Zeitreise entdeckt: Alles zum Wahlprogramm der AfD in NRW auf den **Seiten 4/5**

### Loveparade vor Gericht



Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat entschieden: Gegen zehn Beschuldigte der Loveparade-Katastrophe soll Anklage erhoben werden. **Seite 7**

### akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: [www.akduell.de](http://www.akduell.de). Auf Facebook findet ihr uns unter [www.facebook.com/akduell/](https://www.facebook.com/akduell/) und bei Twitter via [@akduell](https://twitter.com/akduell).

den Köpfen. Es verschiebt das Problem lediglich.

Die Ursachen für das Stimmverhalten seien laut Pekesen dabei gar nicht so leicht auszumachen. YXK erwähnt in diesem Zusammenhang auch eine Studie, laut derer Ja-Wähler\*innen größtenteils aus bildungsfernen Kreisen kämen und auch Pekesen führt an, dass viele Wähler\*innen aus einer wenig integrierten Bevölkerungsgruppe stammten. Gleichzeitig warnt sie jedoch davor, „der Selbstviktimsierung der Ja-Sager auf den Leim zu gehen.“ So seien die Lebensverhältnisse vieler Türk\*innen in Deutschland schwierig, auch aufgrund von Diskriminierungserfahrungen, was ihrer Ansicht nach jedoch recht wenig Aussagekraft für das Wahlverhalten habe. „Gerade in der Union Europäisch Türkischer Demokraten, dem AKP-Ableger in Deutschland, präsentiert sich der AKP-nahe Mittelstand, der eine deutliche Affinität zu Antidemokratie, Anti-Rechtsstaat und zum Islam entfaltet“, so Pekesen. Diese Gruppe stünde für die Wiedereinführung der Todesstrafe, für das Einsperren von Journalist\*innen und politischer Konkurrent\*innen. „Sie sind Autoritäre in der Sicherheit der Demokratie. Bei ihnen ist etwas schiefgelaufen, nicht nur bei ‚Deutschland‘“, schließt Pekesen ihre Analyse ab. **[dav]**

# Erst die Miete, dann das Vergnügen

## Kommentar

And the Kursplatz goes to...

von Meiko Huismann

Sich online für die Kurse und Vorlesungen anmelden geht heutzutage bequem von zuhause aus. Es ist auch einsehbar, ob man den Kurs bekommen hat oder nicht. Wer für einen Kurs zugelassen ist, kann sich freuen. Bei der ersten Veranstaltung lehnt man sich bequem zurück und kann sich dem bietenden Schauspiel hingeben. Nicht jede\*r Studierende bekommt einen Platz im Kurs, jedoch ist der Seminarraum rappelvoll und Studierende, die keinen Platz bekommen haben, versuchen dennoch ihr Glück. Nicht selten kommt es vor, dass Studierende für mehrere Kurse des selben Moduls angenommen worden sind, für die sie aber nur einen belegen müssen.

Zurück zum Seminar und den sich immer häufiger zu erlebenden Ritus: Die Vergabelotterie. Wenn noch Restplätze zu vergeben sind, dann wird einfach gelost. Jede\*r Studierende wirft seinen\*ihren Ausweis in einen rumgereichten Beutel und dann werden die glücklichen Gewinner\*innen gezogen. Da immer mehr Menschen ein Studium beginnen, erfreut sich dieses Ritual vor allem in den geisteswissenschaftlichen Studiengängen immer größerer Beliebtheit.

Der Semesterbeitrag ist in den letzten Jahren erheblich gestiegen, da die Universität immer mehr Personalkosten zu tragen hat. Verständlicherweise müssen bei der Zahl an Studierenden eben mehr Lehrende eingestellt werden. Da aber dennoch immer wieder Studierende aus Seminaren geworfen werden, beziehungsweise erst gar nicht zugelassen werden, ist das bei einem Semesterbeitrag von knapp 300 Euro schon ernüchternd. Denn das was auf der Strecke bleibt, ist die studentische Freiheit. Studierende nehmen an Seminaren teil, für die sie zugelassen werden und wie es in den Stundenplan passt. Das Interesse an dem Thema des Kurses ist drittrangig. Darunter leidet die Qualität des Seminars. Wieso soll man sich mündlich beteiligen, sich austauschen und diskutieren, also alles studentische Grundtugenden, wenn dem Großteil der Anwesenden das Thema gar nicht interessiert?

Hinzu kommt dann noch ein weiteres Phänomen, das jede\*r von uns kennt: Spätestens nach der vierten Sitzung nehmen nur noch die Hälfte der Menschen teil. Sehr zum Leidwesen derjenigen, die nicht zugelassen wurden. Das all semesterliche Seminarroulette. Da lässt die Regelstudienzeit grüßen.



Die Mieten steigen an: Auch Studierende müssen tiefer in die Tasche greifen. (Foto: fro)

**Wohnen wird immer teurer. Auch Studierende sind davon betroffen, wenn sie die eigenen vier Wände oder eine Wohngemeinschaft beziehen wollen. Das geht aus einer Studie des Kölner Instituts für deutsche Wirtschaft (IW) hervor. Zwar wohnen Studierende im Ruhrgebiet vergleichsweise günstig, doch steigen auch hier die Mieten an.**

„Wir haben ein kontinuierliches Mietpreiswachstum, das sehr unterschiedlich ist. Die Spanne reicht von rund zehn Prozent Mietsteigerung seit 2010 bis zu 50 Prozent in Berlin“, beschreibt Michael Voigtländer die Erkenntnisse der IW-Studie gegenüber dem *Deutschlandfunk*. Auch in München sind die Mieten innerhalb von sieben Jahren von 522 auf 634 Euro im Schnitt gestiegen. Laut Studie zahlen Studierende in Bochum bundesweit fast am wenigsten. Trotz Anstieg in Höhe von 28 Euro zahlen sie mit durchschnittlich 344 Euro immer noch deutlich weniger als in den Metropolstädten.

Für die Studie hat das Institut den freien Wohnungsmarkt in 15 deutschen Städten analysiert – Studierendenwohnheime wurden dabei mit der Begründung, dass ohnehin nur jede\*r zehnte Studierende einen Wohnheimplatz in Anspruch nehmen könne, nicht berücksichtigt. Als Datengrundlage dienten Inserate der Immobilienportale immobilienscout24 und wg-gesucht seit 2010. Allein für das zweite Halbjahr des Jahres 2016 sammelte das Institut 80.000 Inserate. Dabei gingen die Forscher\*innen von 30 Quadratmetern Wohnfläche pro Person aus. Sowohl Ein-Raum-Wohnungen als auch Zimmer in einer Wohngemeinschaft wurden in der Datenerhebung berücksichtigt. Lediglich die teuersten 20 Prozent der Inserate wurden von der Analyse ausgeschlossen, da sie für Studierende nicht infrage kämen.

Das Institut kritisiert vor allem, dass zu wenig neue Wohnungen gebaut würden. Weil immer mehr junge Menschen in die Städte zögen und vermehrt Geflüchtete auf den freien Wohnungsmarkt kämen sei das Angebot an bezahlbaren Wohnung erschöpft. Es fehle vor allem an Zwei- und Dreizimmerwohnungen, die für Studierende besonders interessant seien. Nur in wenigen Städten würde der Bedarf mit der tatsächlichen Menge an

Wohnungen abgedeckt. Während der Bedarf beispielsweise in Bochum mit 100 Prozent vollkommen gedeckt sei, seien es in Berlin oder München 40 beziehungsweise 43 Prozent. Insgesamt sei nur ein Drittel des nachgefragten Bedarfes auch gebaut worden. Dass die Preisspirale in den kommenden Jahren gebremst wird, bezweifelt das Institut und nimmt die Kommunen in die Verantwortung. Sie müssten mehr Bauland bereitstellen. Dem gegenüber steht ein Wohnungsleerstand von mehr als 12.000 Wohnungen (Stand: 31. Dezember 2015) in Duisburg.

Zwar wurden die Universitätsstädte Duisburg und Essen nicht in die Datenerhebung des Instituts für deutsche Wirtschaft einbezogen, doch zeigen die Mietspiegel, dass man dort verhältnismäßig günstig wohnen kann. Während man im Bundesdurchschnitt 7,97 Euro pro Quadratmeter zahlen muss, liegen die Preise in Essen mit 7,09 Euro und in Duisburg mit 5,82 Euro relativ niedrig. Allerdings sind auch dort die Mieten seit 2011 gestiegen. Eine Wohnung mit 60 Quadratmetern in Duisburg kostete 2011 noch durchschnittlich 4,93 Euro pro Quadratmeter (5,56 Euro im Bundesdurchschnitt), im vergangenen Jahr lag die Durchschnittsmiete bei 5,77 Euro pro Quadratmeter (7,34 Euro im Bundesdurchschnitt)

## Alternative Studierendenwohnheim?

Wie an vielen anderen Universitäten können Studierende auch eine Bleibe in den Wohnheimen des Studierendenwerks Essen-Duisburg finden. In beiden Universitätsstädten sowie in Mühlheim an der Ruhr betreibt es insgesamt 19 Wohnheime mit unterschiedlicher Größe und in unterschiedlichen Preisklassen. Während ein 12 Quadratmeter großes Einzelzimmer am Sternbuschweg in Duisburg für ab 240 Euro zu haben ist, müssen Studierende für ein 15 bis 19 Quadratmeter großes Einzelapartment im Wohnheim an der Essener Rottstraße mindestens 450 Euro zahlen. Immer stärker wird aber die Kritik von Studierenden an den steigenden Mieten des Studierendenwerkes, das die Erhöhungen mit ebenfalls steigenden Betriebskosten begründet (aktuell berichtete). Schließlich bekäme man für das Geld eine eigene, teilweise größere Wohnung auf dem freien Markt. [fro]

# Über Israel-Boycott spricht man nicht?

Auf der Sitzung des Studierendenparlaments am 12. April wurde viel debattiert – nur über einen Antrag nicht. Die Linke Liste (LiLi) forderte das Studierendenparlament (StuPa) auf, eine Stellungnahme gegen eine Israel-Boycott-Kampagne zu unterstützen und eine Aufklärungsveranstaltung finanziell zu unterstützen. Durch einen Geschäftsordnungsantrag auf Nichtbehandlung kam das Thema gar nicht erst auf die Tagesordnung. Was war passiert?

BDS, das ist die Abkürzung für „Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen“. Eine von palästinensischen Nichtregierungsorganisationen gegründete Kampagne, die seit 2005 den gesamten Staat Israel wirtschaftlich, politisch, wissenschaftlich und kulturell isolieren will. Selbsterklärtes Ziel der Bewegung ist es, eine „Besetzung“ von palästinensischen Gebieten zu beenden, volle Gleichberechtigung zu gewähren und allen palästinensischen Geflüchteten und Nachkommen die Rückkehr zu ihrem vermeintlichen Eigentum zu ermöglichen.

## Die Kampagne und die Vernichtung Israels

„Einziges Ziel der Kampagne ist es, den israelischen Staat zu dämonisieren und zu delegitimieren“, sagt die LiLi, die den Antrag im StuPa gestellt hatte. Sie verurteilt die Kampagne als antisemitisch, denn sie „verfolgt einen umfassenden Boycott aller israelischen Produkte, was sie deutlich in den historischen Kontext der nationalsozialistischen Parole ‚kauft nicht bei Juden‘ rückt.“ Wissenschaftler\*innen wie der Politologe Samuel Salzborn werden ebenfalls deutlich, was die Kampagne angeht. Man könne an wesentlichen Punkten zeigen, dass sie nicht um Kritik bemüht sei, sondern ihrer Intention nach antisemitisch. Und: „bereits in der Schlussforderung, dem so genannten Rückkehrrecht, wird deutlich, dass, würde man dies in der palästinensischen Lesart akzeptieren, es um die Vernichtung Israels geht“, so Salzborn.

Die Kampagne wurzelt international auch an Hochschulen. So wird an zahlreichen Universitäten weltweit die „Israeli Apartheid Week“ durchgeführt, die Sympathien für die Kampagne unter den Studierenden wecken soll. Während manche den Vergleich des demokratischen Israels mit dem autoritären rassistischen Südafrika befürworten, lehnen andere ihn strikt ab. So schrieb etwa Nkululeko Nkosi, Mitglied der Jugendorganisation ANC des Afrikanischen Nationalkongresses, über den falschen Vergleich: „Wir fordern das Wort »Apartheid« zurück!“

An amerikanischen und britischen Universitäten sei die Lage mittlerweile so problematisch, „dass Juden und Jüdinnen um ihr Leben fürchten müssen, wenn sie an einer Universität sprechen, da BDS-Aktivist\*innen vermehrt als gewaltbereite Störer\*innen in Erscheinung traten“, so die LiLi. Ziel der Bewegung ist auch der Boycott von israelischen Wissenschaftler\*innen und Universitäten. Kürzlich wollten solche Aktivist\*innen an der Bo-



„Gegen jeden Antisemitismus“ sollte sich das Studierendenparlament wenden, daraus wurde nichts. (Foto: rod)

chumer Ruhr-Universität einen Raum buchen.

## Trotz akademischem Boycott keine Relevanz?

Vor diesem Hintergrund scheint der Grund für die Nichtbehandlung des Themas im Studierendenparlament der UDE – keine hochschulpolitische Relevanz – nur schwer nachvollziehbar. Nicht aber für einen Parlamentarier der FDP-nahen Liberalen Hochschulgruppe (LHG), der für Nichtbehandlung stimmte. „Als LHG sind wir zudem der Meinung, dass nicht alles, was an anderen Universitäten behandelt wird, deswegen an hochschulpolitischer Relevanz gewinnt“, so die Liste auf Nachfrage der aktuell. Man diskutiere gerne, wenn es eine hochschulpolitische Relevanz gebe.

Die Unabhängigen Demokraten (UD), die sich wie die LHG nicht mit der Boycott-Kampagne beschäftigt hatten, schließen sich an. Sie argumentieren, dass die Kampagne noch nicht an der UDE in Erscheinung getreten sei: „In der Behandlung dieses Antrags sahen wir nicht per se die Relevanz für unsere Universität, was nicht heißt, dass wir antisemitische Boycott-Kampagnen befürworten. Im Gegenteil: Wir verurteilen Antisemitismus“, so die UD. Oberste Priorität sei für sie aber eine hochschulpolitische Relevanz.

Anders sehen das die Antihelden: „Natürlich hat der BDS, allein aufgrund seines akademischen Boycott-Aufrufs, eine hochschulpolitische Relevanz.“ Für sie habe aber ein nötiger Vorlauf gefehlt, weil der Antrag erst am Vorabend eingereicht wurde. Die Internationale Liste (IL) wollte das Thema aus demselben Grund und weil vorher keine Debatte in der Liste stattgefunden habe nicht behandeln. Die Boycott-Kampagne sei einem Teil der Mitglieder nicht bekannt gewesen. Man wolle in Zukunft frühere Fristen für das Einreichen von Anträgen im StuPa. Die Antihelden ergänzen: „Das Thema ist zu komplex und die Stimmung im StuPa zu geladen, als dass eine Diskussion das gegenseitige Informieren und Reflektieren möglich macht.“

## Über Antisemitismus aufklären oder nicht?

Allein der letzte verbleibende AStA-Koalitionspartner, der CDU-nahe Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), enthielt sich bei der Abstimmung auf Nichtbehandlung, weil es eben die

Aktivität an der Ruhr-Universität gegeben habe. Der RCDS sagt zur Kritik der LiLi: „Nazivergleiche waren noch nie eine Bereicherung im politischen Diskurs. Nichtsdestoweniger verurteilen wir BDS und jedweden Antisemitismus aufs Schärfste.“

Uneinigkeit herrscht zwischen den AStA-tragenden Listen darüber, ob man gegen Antisemitismus aufklären solle. Der RCDS sagt: „Selbstverständlich ist das ein wichtiges Thema und kann im Sinne der Toleranzförderung als Aufgabe des AStAs betrachtet werden.“ Die Antihelden rufen dazu auf, sich mit den Auswirkungen eines Boycotts zu beschäftigen. Die UD attestierten der Studierendenschaft derweil „kein Antisemitismusproblem“. Andere Themen stünden für sie „in der hochschulpolitischen Relevanz an höherer Stelle.“ Auch die LHG findet Aufklärung gegenüber Antisemitismus zwar wichtig: „Als Hochschulgruppe glauben wir aber nicht, dass wir hierfür der richtige Ansprechpartner sind.“ Und die IL wollte sich derzeit noch nicht inhaltlich gegenüber der aktuell äußern. Der listenlose Parlamentarier Jules El-Kathib war zu einer Stellungnahme zum Thema nicht zu erreichen.

Die beiden Oppositionslisten GHG und LiLi verurteilen die Nichtbehandlung. Die LiLi nennt das Verhalten eine „Farce“, die GHG bezeichnet die Nichtbefassung als „feige“. „Die Begründung der AStA-Koalition, das Thema hätte keine Hochschulrelevanz, ist rein taktisch gewählt und wurde vorgeschoben, um einer inhaltlichen Auseinandersetzung auszuweichen“, so die LiLi. Auch die GHG bezeichnet den Geschäftsordnungsantrag als „billiges Ablenkungsmanöver“, die Begründung des mangelnden Hochschulbezugs sei „mehr als fadenscheinig“.

„Hochschulpolitik endet nicht mit den Grenzen der Hochschulstandorte, zumal dieses Thema ganz klar ein Thema ist, das sich an Hochschulen abspielt“, sagt die GHG. Die LiLi verweist auf die Studierendenvertreter\*innen in Leipzig, Hamburg und Hannover, die sich bereits von der Kampagne distanziert haben. „Durch die Nichtbehandlung hat die Studierendenschaft hier keine Positionierung zur Thematik“, so auch die GHG. Die LiLi will sich in Zukunft außerdem dagegen einsetzen, dass „unliebsame Anträge durch AStA-tragende Listen mit heuchlerischen Begründungen nicht behandelt werden.“ [mac]

# Mit der AfD ins 20. Jahrhundert



Mit Humor demonstrierten am Samstag rund 20.000 Menschen gegen den AfD-Bundesparteitag. (Foto: rod)

**Was will die AfD für Nordrhein-Westfalen? 51 Seiten Wahlprogramm sollen es den Wählenden näher bringen. Zahlreiche Widersprüche, keine „Ehe für Alle“, mehr Förderung für Jungen und Männer, autoritäre Schulsysteme und eine flüchtlingsfeindliche Politik sollen rechts-liberale bis völkisch-nationale Wähler\*innen mobilisieren und die AfD zweistellig in den Düsseldorfer Landtag bringen. Die vermeintlich moderate Partei des „kleinen Mannes“ in 10.476 Zeichen.**

Schon im frühen Kindesalter will die AfD-NRW Schüler\*innen „an den Leistungsgedanken“ heranzuführen. Dazu plant die Partei sogenannte „leistungshomogene Lerngruppen“. Die ideologische Folge ist von der Rechtsaußen-Partei ebenfalls im Wahlprogramm festgeschrieben: Sie will den „Irrweg“ der Inklusion stoppen und Menschen mit Behinderungen in der gesellschaftlichen Teilhabe einschränken. Derzeit hält sich die Landesregierung an die Standards der UN-Behindertenrechtskonvention, in denen festgehalten ist, dass Menschen „nicht aufgrund von Behinderung vom [...] Grundschulunterricht oder vom Besuch weiterführender Schulen ausgeschlossen werden“ dürfen. Die AfD hält explizit am Gegenteil, also ausschließlich an der Förderschule, fest.

## Feindbild Sozialpädagogik – Rollback zur Autorität

Zu Hochschulen und Universitäten hat die Partei kaum etwas zu sagen und widmet sich im längsten Kapitel vor allem der Schulbildung. Laut Programm gebe es eine „Inflation der guten Noten“, die dazu geführt habe, dass „viele Schüler ein Abitur erhielten, obwohl ihre Leistungsfähigkeit den Anforderungen eines Hochschulstudiums nicht entsprach“. So will die AfD die Studienabbrecher\*innenquote verringern und Universitäten zu Ungunsten zukünftiger Studierender „entlasten“.

Im Bereich der Lehrkräfte will die AfD zurück zu einem autoritären System. In den „augenblicklichen Leitlinien der Pädagogik“ sieht sie das Hauptproblem, will aber nach eigenen Angaben mehr Autonomie für Hochschulen, die in den vergangenen Jahrzehnten diese Konzepte erarbeitet haben. So beklagt die Partei eine angebliche „Disziplinlosigkeit und mangelnde Lernbereitschaft“. Es soll mehr „Grenzsetzungen“ für Schüler\*innen geben, auch eine Art Kopfnote will sie wieder einführen. Erst 2010 hatte die Landesregierung diese nach Protesten von Schüler\*innen und Gewerkschaften abgeschafft.

Auch die „Gender-Ideologie“ ist der AfD ein Dorn im Auge. Antidiskriminierung sei nur ein „Vorwand“, um „dem Bürger sein Privatleben und seine Vorlieben vorzuschreiben“. Bei der Sexualpädagogik der Vielfalt geht es darum, die Schüler\*innen über ein binäres Geschlechtersystem hinaus aufzuklären. Die AfD-NRW versucht dem Standard-Schulwerk ein kollektives „Schamgefühl von Kindern“ entgegen zu setzen und schreibt, dass dies sexuelle Übergriffe ermögliche. Einen Beleg dafür gibt es nicht. Die Partei will Sexualpädagogik vor allem von den „weltanschaulichen Überzeugungen“ der Eltern abhängig machen.

## Zurück zur Zwangsarbeit

Für den „kleinen Mann“ hält die Rechtsaußen-Partei in Nordrhein-Westfalen einen besonderen Plan bereit. Sie will sich für eine längere Bezugsdauer des Arbeitslosengeld I einsetzen, aber auch nur bei einer Verbesserung ab zehn Jahren. Zunächst besteht der Eindruck, sogar Hartz IV-Empfänger\*innen könnten profitieren: „Wir fordern höhere ALG2-Leistungen“, die Ergänzung zeigt woran sich die Partei orientieren will: „an der Erwerbsbiografie“. So will die AfD für Migrierte keine „finanzielle Gleichstellung“, weil diese migriert sind.

Geht es nach den autoritären Vorstellungen

der Partei, soll es für Langzeitarbeitslose „eine fallbezogene Verpflichtung zur gemeinnützigen Arbeit“ geben, „unter Berücksichtigung des Lebensalters und der vorherigen Arbeitsleistung in Deutschland.“ Dies solle den Betroffenen ein Stück Würde zurück geben, konkret bedeutet das aber Zwangsarbeit gegen Grundsicherung. So könnten sich Arbeitslose „als produktiver Teil der Gemeinschaft verstehen“, wenn diese sich gegenüber den Steuerzahlenden mit gemeinnütziger Arbeit rechtfertigen.

## Wohnungsnot: Der Markt soll es regeln

In These 0610 gibt die AfD an, mehr „bezahlbaren Wohnraum für alle“ schaffen zu wollen. Dabei sieht sie die Lösung nicht im sozialen Wohnungsbau. Das Problem sei eine Fehlbelegung von „knapp 50 % aller Sozialwohnungen“. Woher diese Zahl stammt, sagt die Partei nicht, auch nicht ob und woher sie Einblicke in die Einkommen der Beziehenden hat. Sie will stattdessen Mieter\*innen aus den Wohnungen „ausziehen [...] lassen“ und Wohnungsbau durch „private Eigentümer“ anregen. Gerade die Spekulationen mit privaten Eigentümer\*innen hatten in den vergangenen Jahren zu einer erheblichen Anhebung der Mieten geführt.

Stattdessen will die AfD die Mietpreise da lassen, wo sie sind und „Wohngeld als Direktzahlung an bedürftige Mieter“ auszahlen. Bislang ist das Wohngeld nicht für alle zugänglich und schüttet nur mit hohem bürokratischem Aufwand ein wenig Unterstützung für beispielsweise Studierende aus. Die Rechtsaußen-Partei will die Miete durch eine Entspannung des Marktes „wieder bezahlbar“ machen. Auch Geflüchtete spielen für die AfD in der Wohnungsnot eine Rolle, sieht die Partei in der dezentralen Unterbringung ein Problem für den Wohnungsmarkt. Die „ohnehin angespannte Wohnraumversorgung“ würde so „zu Lasten einkommensschwacher Bürger“ noch weiter „verschärft“. So versucht die AfD in ihrem Wahlprogramm die prekären Lebensverhältnisse gegeneinander auszuspielen. Das würde – geht es nach der AfD – zur Folge haben, dass Geflüchtete auch weiterhin über Jahre in Massenunterkünften ohne Privatsphäre leben müssten.

## Den Klimawandel leugnen

Die Energiewende ist für die AfD ebenso wie die Sozialarbeit eins der größten Feindbilder. Der nordrhein-westfälische Ableger versucht im Wahlprogramm einen Bezug der aktuellen Landesregierung zum Sozialismus herzustellen. Dort heißt es: „Das Erneuerbare Energien Gesetz“ sei „planwirtschaftlich“ und gehöre „ersatzlos“ abgeschafft. Geht es nach der extrem rechten Partei soll in Zukunft weiter auf Energien wie Braunkohle gesetzt werden. Derzeit wird dafür unter anderem der Wald Hambacher Forst im Rhein-Erft-Kreis großflächig gerodet. Dennoch versucht die AfD sich als Partei für

Umweltschutz zu inszenieren und sieht diese durch Windkraft gefährdet.

Vor allem die derzeit noch hohen Kosten sind für die AfD ein Problem, sie stellt zudem die Freiheit der Forschung in Frage. Diese sei derzeit von der Politik „ideologisch“ vorgegeben. Viele Universitäten, Hochschulen, Wissenschaftler\*innen und junge Studierende jedoch forschen nach erneuerbaren Energien, weil der von Menschen verursachte Klimawandel vielfach belegt werden konnte. Im Wahlprogramm verweist die AfD auf eine „stetige Änderung des irdischen Klimas“, die „historisch belegt“ sei. Die Rechtsaußen-Partei will auch, dass die „ggf. [...] positive[n] Klimafolgen berücksichtigt werden“ und warnt, dass „die ‚Energiewende‘ [...] auf parteipolitischen Strategien [basiert], die irrationale Ängste und Hoffnungen instrumentalisiert.“ Insbesondere dieser Satz lässt aufhorchen, denkt man an die rassistischen Vorurteile und Ängste, die die AfD in der Bevölkerung täglich verbreitet.

### Dem deutschen Volk keine Migration

Erwartungsgemäß ressentimentgeladen geht die AfD mit der Migration in die kommenden Landtagswahlen. Sie reduziert Migrierte auf „eine Zuwanderung in unsere Sozialsysteme“, behauptet, diese würden „Parallel- und Gegengesellschaften“ fördern und „Konflikte aus den Heimatländern“ importieren. Sie will die Migration dauerhaft unterbinden und nach der Prämisse „Deutschland den Deutschen“ handeln.

Zentral sollen „familien- und bevölkerungspolitische Maßnahmen“ einen Vorrang vor Zuwanderung haben und „eine Ausbildungsoffensive“ gestartet werden, „um damit den Zuwanderungsbedarf zu reduzieren.“ Die Dublin-III-Verordnung soll in Kombination mit sicheren Herkunftsstaaten und geschlossenen Grenzen dafür sorgen, dass Geflüchtete entweder in andere europäische Staaten oder die jeweiligen Herkunftsländer abgeschoben werden. Sie will gar nach ungarischem Vorbild „Hot Spots“ einrichten, „wohin die Bewerber gebracht werden und wo anerkannte Flüchtlinge verbleiben“ sollen.

Ähnlich wie bei Hartz IV-Empfänger\*innen will die Rechtsaußen-Partei Geflüchtete zur Arbeit zwingen, beispielsweise der „Reinigung der Unterkünfte“, „der Unterstützung der Helfer bis hin zum Einsatz in öffentlichen Bereichen“. Diese sollen so „einen angemessenen Beitrag [...] leisten.“ Die AfD will ihnen eine Gesundheitskarte nur dann zugestehen, „wenn sich nachweisbare Einsparungen der Gesamtkosten ergeben.“ Schüler\*innen sollen außerdem in separaten Klassen unterrichtet werden, die Partei geht dabei davon aus, dass diese grundsätzlich einen niedrigen Leistungsstand hätten als andere Schüler\*innen und würde damit die Kinder massiv benachteiligen.



Wahlprogramm voller Diskriminierung (Foto: rod)

### Gesellschaftliche Diskriminierung als Wahlprogramm

Auch in Nordrhein-Westfalen sagt die AfD, dass dem „bewährten Familienmodell [...] die Zerstörung durch die aktuelle ideologisierte Politik“ drohe. Sie respektiere zwar „eingetragene Lebenspartnerschaften, deren Gleichstellung mit der Ehe“ lehne sie jedoch ab. Die Partei versucht so eine homo- und transfeindliche Politik zu etablieren, die es beispielsweise gleichgeschlechtlichen Paaren nicht zugesteht gleichermaßen eine Familie zu sein wie heterosexuelle.

Die logische Folge dieser Politik beinhaltet, dass die AfD explizit Jungen und Männer fördern will und in diesem Zuge „für die Abschaffung der Stellen für Gleichstellungsbeauftragte“ ist, „da dadurch Männer und Jungen benachteiligt“ würden. Geht es nach der AfD seien Männer und Frauen bereits gleichberechtigt in der Gesellschaft, trotz erheblichen Lohnunterschieden bei gleicher Qualifikation, gesellschaftlichen Reduzierungen auf den Körper von Frauen, häuslicher Gewalt und sexualisierten Übergriffen. Demnach gebe es eine Diskriminierung von Jungen in der Schule, da diese „schlechtere schulische Benotungen“ wegen ihres Geschlechts erhalten würden. So will die AfD auch wieder „geschlechtergetrennten Unterricht [...] als Modellprojekte versuchsweise einführen“.

Auch auf die Justiz will die AfD Einfluss nehmen und behauptet, dass Straftaten „bei entsprechendem kulturellen Hintergrund [...] häufig nicht angemessen geahndet“ würden. So versucht die AfD am Strafmaß im völkischen Sinne zu rütteln und will härtere Bestrafungen nach Abstammung und Herkunft, so dürfe „Religion, Kultur und Ideologie“ lediglich „keinen mildernden Einfluss auf das Strafmaß haben.“ [rod]

## Ballern!

### MINT-Party #5



Kein Semestereinstieg ohne die MINT-Party! Die feierwütigen naturwissenschaftlichen Fachschaften laden wieder zum Tanzspektakel ein. Musikalisch wird es so vielfältig wie noch nie. Auf vier Floors gibt es von 90er über Hip Hop bis hin zu Punkrock und Deephouse alles, was das Partyherz begehrt und damit keinen Grund, Zuhause auf der Couch zu bleiben. Also schnappt euch eure Freund\*innen und zappelt nochmal so richtig ab, bevor das Semester in vollem Gange ist.

**Freitag, 28. April, ab 22 Uhr, Delta Musik Park, Frohnhauser Str. 75, 45143 Essen, Eintritt: 4 Euro VVK/6 Euro AK**

## Bilden!

### Welche Zukunft für Europa?

Jens Geier (SPD und Mitglied im Europäischen Parlament) diskutiert mit Politologe Volker Heins und Historiker Marcel Siepmann, „wie Flucht und Migration Europa erneuern können“. Aus Fehlern lernen, Prozesse verbessern und das bisherige Geschehen evaluieren. In dem Gespräch will man sich den vergangenen Jahren stellen und Lehren für die Zukunft ziehen.

**Donnerstag, 27. April, 19:00 Uhr - 20:30 Uhr, Kulturwissenschaftliches Institut Essen (KWI), Goethestraße 31, 45128, Eintritt frei**

## Ballern!

### Flabbergasted Festival

Nachdem überragenden Debüt des Festivals im letzten Jahr geht das Flabbergasted Festival in die zweite Runde. Neben Musik gibt es auch Theater und Varieté für euch. Welche Location für so ein vielfältiges Programm bietet sich besser dafür an, als das Druckluft in Oberhausen. Also rein in die Tanzschluffen und ins Druckluft.

**Freitag 29. und Samstag 30. April, Druckluft Oberhausen, Am Förderturm 21, 46049 Oberhausen, 15 Euro AK**

# Shoppen ist nicht alles im Leben

**Ein neues Designer Outlet Center (DOC): Eine Chance für die Stadt Duisburg, findet Oberbürgermeister Sören Link (SPD). Unter den Bürger\*innen und in der kommunalen Opposition bildet sich indes immer mehr Widerstand. Die Initiative „Ja zu Duisburg – Kein DOC“ startete am 7. April ein Bürgerbegehren, um gegen den Grundsatzzbeschluss des Stadtrats vom 1. Februar anzugehen, ein DOC auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs zu realisieren.**

„Das Grundstück, auf dem derzeit über ein DOC gesprochen wird, gehört nicht der Stadt Duisburg, von daher sind unsere Einflussmöglichkeiten begrenzt,“ erläutert Anja Kopka, Sprecherin des Oberbürgermeisters. Mit dem Ratsbeschluss wurde die Verwaltung beauftragt, „die erforderlichen Verfahrensschritte [...] einzuleiten und das Vorhaben zu flankieren“ (aus dem Protokoll der Stadtratsitzung vom 1. Februar). Kopka betont, es gehe um eine Machbarkeitsprüfung, die durch den Beschluss gestartet werden konnte: „Natürlich werden im Rahmen eines Bebauungsplanverfahrens noch viele weitere Schritte nötig sein, um sorgfältig zu prüfen, welche Effekte das Vorhaben für Duisburg haben wird. All diese Schritte werden wir darstellen und die Bürger dabei umfassend und transparent beteiligen.“

Frank Oberpichler von der Initiative „Ja zu Duisburg – Kein DOC“ hingegen kritisiert das bisherige „fragwürdige, politische Prozedere“. Man habe über die „Köpfe aller Akteure“ hinweg entschieden. „Die Auseinandersetzung mit den Bürgern kann dann nicht mehr über das „Ob“ erfolgen, sondern lediglich über das „Wie“. Wer dann dagegen ist, dem wird gesagt: „Jetzt können wir daran nichts mehr ändern.“ Zudem seien kritische Stimmen im Vorfeld nicht beachtet worden. Deshalb sei das Bürgerbegehren die letzte Chance für die Duisburger\*innen für ihre Interessen zu kämpfen. Von der Stadt erwarte man, „dass sie langfristig plant, mit Weitblick und auf die Bedürfnisse einer ganzen Stadt eingeht. Shoppen ist nicht alles im Leben.“ Man wolle vor allem über Fehlinformationen aufklären, mit denen Befürworter\*innen argumentieren.

## Bedrohung für den Arbeitsmarkt

Hierzu gehöre etwa die Schaffung neuer Arbeitsplätze nach dem Motto: Neue Geschäfte, neue Beschäftigte. Wilhelm Bommann, Hauptgeschäftsführer des Handelsverband Nordrhein-Westfalen Niederrhein, meint aber: „Es ist zu erwarten, dass der Anteil qualifizierter Arbeitsplätze in beziehungsweise durch die Etablierung vom DOC abnimmt und gleichzeitig der Anteil der Teilzeitbeschäftigten und ‚geringfügig Beschäftigten‘ zunimmt. Mit dieser Entwicklung geht ebenso ein erheblicher Verlust an Lehrstellen einher.“ Und Oberpichler ergänzt:

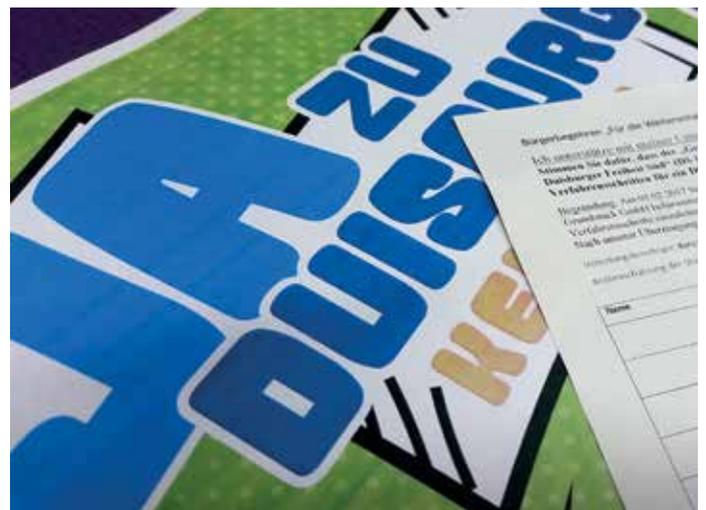
„Pro neu geschaffenen prekären Arbeitsplatz werden bis zu drei sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze im regulären Handel vernichtet. Existenzen sind bedroht, Geschäfte müssen schließen, somit hat das auch einen negativen Effekt auf die Steuereinnahmen der Stadt Duisburg.“

Befürworterin und *DerWesten*-Redakteurin, Kathrin Migenda, argumentiert, Duisburg rauche „neue Perspektiven und positive Nachrichten“. Über die brachliegende Fläche beschwerten sich schließlich seit Jahren die Bürger\*innen. Migenda glaubt an einen Kund\*innenzulauf, statt einer Bedrohung für die Innenstadt. Sie setzt auf die Anziehungskraft des „kleine[n] Buchladen an der Ecke, de[s] Geschenkeladen[s] mit Duisburg-Artikeln“ und des „charmanten Café[s] – sie alle haben ihre Kundschaft.“

Laut Oberpichler kann Duisburg auch ohne DOC attraktiver werden. Denn: Eine Stadt sollte sich von anderen unterscheiden können: „Duisburg kann etwas aus sich machen, weg vom Mittelmaß hin zu mehr Individualität was Erscheinungsbild und Charakter angeht und hin zu mehr Wohlfühl-Atmosphäre für die Bürger und Auswärtige.“ Bommann kritisiert außerdem: „Die Planung eines DOCs auf der Fläche des ehemaligen Güterbahnhofs steht im Widerspruch zu sämtlichen Zielen der bisherigen Stadtentwicklungspolitik, die bislang auf die Stärkung und Attraktivierung der Innenstadt abzielte.“ In der Vergangenheit war schon einmal der Bau eines Outlets geplant und hatte zur Folge, dass etliche Bewohner\*innen der Siedlung am Zinkhüttenplatz in Duisburg-Hamborn aus ihren Wohnungen vertrieben wurden. Das Projekt scheiterte, als man feststellte, das Center würde zu nah an einem Chemiewerk liegen (aktuell berichtete). Oberpichler vermutet,

dass hier aber auch die Aussicht auf das DOC eine Rolle gespielt haben könnte.

Mitmachen kann beim Bürgerbegehren jede\*r, der\*die seinen Wohnsitz in Duisburg, einen deutschen Pass hat oder EU-Bürger\*in ist und mindestens 16 Jahre alt ist. Gelingt es, genügend Unterschriften zu sammeln, könne der Rat entweder den vorherigen Beschluss zurückziehen, so Oberpichler, oder es komme zu einem Bürgerentscheid. Für ein erfolgreiches Ergebnis im Sinne der Initiative müssten hierbei mindestens 10 Prozent der Wahlberechtigten gegen den



Mit Unterschriften gegen das DOC – Bürgerbegehren in Duisburg. (Foto: caro)

Bau eines DOCs stimmen, führt Oberpichler weiter aus.

Breite Unterstützung erhält die Initiative bereits von Bündnis 90/Die Grünen, FDP, die Linke, Bürgerliche Liberale, Wählerbündnis SGU, Junges Duisburg/DAL-Fraktion und den Piraten. Weiteren Zuspruch erhält sie vom Handelsverband Nordrhein-Westfalen Niederrhein, der Verdi, BUND und Nachbarstädten wie Bochum und Essen. Noch bis zum 20. Mai liegen die Unterschriftenlisten in verschiedenen Geschäften aus, die auf der Homepage der Initiative einsehbar sind. Bis zum 25. Mai müssen die Listen bei der Stadt abgegeben werden. **[caro]**

## In eigener Sache: AStA kürzt aktuell-Auflage

Die Auflagenhöhe der aktuell wurde vom Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) um 40 Prozent auf 3.000 Exemplare gekürzt – ohne Evaluation oder Einbezug der Redaktion. Die Studierendenvertreter\*innen nennen für die Kürzung umweltpolitische Gründe. Zu viele Zeitungen würden weggeschmissen. Eine Zählung hat allerdings nicht stattgefunden, in der Argumentation stützt man sich auf gefühlte Fakten. Ein Antrag der Redaktion, die Auflagenkürzung zurückzuziehen und die aktuell an einem Evaluationsprozess zu beteiligen, wurde vom Studierendenparlament mehrheitlich abgelehnt. Auf den Vorwurf, man habe die Redaktion autoritär vor vollendete Tatsachen gesetzt, erwiderte Engin Atasoy (IL), die AStA-Sitzungen seien für alle öffentlich. Falls man feststelle, dass die kleinere Auflage doch nicht genüge, könne man sie wieder anpassen, hieß es. Kritik regt sich aus der Opposition. „Eine Kürzung vor einer Evaluation ist so sinnvoll wie jemanden zu vergraben und dann zu schauen, ob er danach noch lebt,“ so Philipp Rosenau (Jusos). **[fro]**

# Jetzt doch: Loveparade-Katastrophe wird vor Gericht behandelt



Die Loveparade 2010 in Duisburg: Nun kommt es doch zu einem Strafprozess. Das Oberlandesgericht Düsseldorf eröffnet die Hauptverhandlung. (Foto: fro)

**Was der Stadt Duisburg einen Image-wechsel verpassen sollte, endete in einer Katastrophe mit 21 Toten und über 650 Verletzten. Die Loveparade-Tragödie jährt sich nun zum siebten Mal. Bislang gab es keine juristische Aufarbeitung. Die Entscheidung des Landgerichts Duisburg im vergangenen Jahr, keine Klage gegen zehn Beschuldigte zu erheben, wies das Oberlandesgericht Düsseldorf nun ab. Damit wird es doch zu einem Strafverfahren kommen.**

„Der Senat hält eine Verurteilung der Angeklagten wegen fahrlässiger Tötung, fahrlässiger Körperverletzung bzw. fahrlässiger Körperverletzung im Amt für hinreichend wahrscheinlich,“ hieß es am Montagmorgen, 24. April, vom Oberlandesgericht Düsseldorf. Die Staatsanwaltschaft Duisburg sowie die Anwälte\*innen der Angehörigen der Opfer hatten bei der höheren Instanz eine Beschwerde eingereicht, um eine juristische Behandlung der Katastrophe zu ermöglichen. Im April vergangenen Jahres beschloss die Fünfte Große Strafkammer des Landgerichts Duisburg noch, die 2014 von der Staatsanwaltschaft eingereichte Anklage abzulehnen und keine Verhandlung zu eröffnen. Die Wahrscheinlichkeit, dass vier Beschuldigte des Loveparade-Veranstalters Lopavent sowie sechs Beschuldigte der Stadt Duisburg verurteilt würden, schätzte die Strafkammer als zu gering ein. Grund dafür waren vor allem Zweifel am Hauptbeweismittel, einem Gutachten des Panikexperten Keith Still. Aus Sicht der Strafkammer sei es eine oberflächliche Risikoanalyse und weise „gravierende inhaltliche und methodische Mängel“ auf (aktuell berichtete).

Der Auffassung widersprach nun das Oberlandesgericht Düsseldorf. Das Gutachten sei für die Verhandlung geeignet und könne die Schuld der zehn Beschuldigten mit „hinreichender Wahrscheinlichkeit“ nachweisen. In

der Analyse wird vor allem angeführt, dass die Eingangs- und Ausgangssysteme auf dem Gelände des ehemaligen Duisburger Güterbahnhofs zu klein dimensioniert gewesen seien. Auch sei eine mangelnde Durchflusskapazität berechnet gewesen. Das Oberlandesgericht ist der Ansicht, die unzureichende Planung hätte „vorhersehbar zur Katastrophe geführt“. Hätte das Oberlandesgericht dieselbe Entscheidung wie das Landgericht Duisburg gefällt, wäre kein Strafprozess mehr möglich gewesen. Unabhängig davon sind Zivilverfahren, bei denen Opfer Schmerzensgeld verlangen.

## Keine Anklage gegen Sauerland

Das Oberlandesgericht hat zwar eine Anklage gegen sechs Mitarbeitende der Stadt Duisburg zugelassen. Zu ihnen zählt der Veranstalter Rainer Schaller allerdings genauso wenig wie der ehemalige Duisburger Oberbürgermeister Adolf Sauerland (CDU). Gegen Letzteren wird nicht ermittelt, da er im Planungsprozess des Techno-Festivals nicht eingebunden gewesen sei. Der Oberbürgermeister habe keinen „Einfluss auf die fehlerhafte Planung oder die Erteilung der rechtswidrigen Genehmigung genommen“, urteilte die Duisburger Staatsanwaltschaft damals. „Er durfte darauf vertrauen, dass die für die Planung und Genehmigung Verantwortlichen das Vorhaben aufgrund ihrer Fachkenntnisse ordnungsgemäß prüfen würden“, hieß es weiter.

Dennoch entfachte im Nachgang der Loveparade-Katastrophe eine hitzige Debatte um die Rolle des Stadtoberhauptes, die eine Änderung bürgerlicher Partizipationsmöglichkeiten an der Kommunalpolitik einherbrachte. Viele sahen bei ihm die politische Verantwortung für die Tragödie vom 24. Juli 2010. Am 13. Oktober 2010 scheiterte der Rat der Stadt Duisburg wegen der derzeitigen christdemokratischen Mehrheit an einem Abwahlversuch Sauerlands an einer Zwei-Drittel-Mehrheit. Auf Druck seitens SPD, Grüne

## Kurzgefasst

### CIA trifft auf Folkwang

Das Kasseler Brachland-Ensemble hat sich künstlerisch mit dem 600 Seiten langen Folterbericht der CIA auseinandergesetzt. In Zusammenarbeit mit Amnesty International wurde ein Live-Hörspiel inszeniert. Dabei vertonen drei Sprecher\*innen mit Hilfe weniger Requisiten den Text, der teilweise in Dialoge umgeschrieben wurde. Besonders im Hinblick auf die zunehmende terroristische Gefahr in Europa fragt sich das Ensemble: Werden europäische Regierungen besonnener sein als US-Präsident Donald Trump, der sich für die Wiedereinführung der Folter stark macht?

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 trafen die USA mit voller Wucht. Die unmittelbare Reaktion der damaligen US-Regierung unter George W. Bush, die Kampfansage gegen den internationalen Terrorismus und die Kriege im Irak und in Afghanistan, waren jedoch nur Teilaspekte der Auswirkungen. Zur Prävention weiterer Anschläge entwickelte der US-Geheimdienst CIA erweiterte, gewalttätige und rechtswidrige Vernehmungsmethoden, um verdächtige Terrorist\*innen zum Reden zu bringen. Dabei war Waterboarding eine der häufigsten Foltermethoden. 2014 erschien ein Folterreport der CIA, der Einblick in die menschenrechtsverletzenden Methoden des Geheimdienstes und das Scheitern der US-amerikanischen Bürokratie gab.

Am 29. April ist *Ready for boarding* an der Folkwang-Universität der Künste in Essen-Werden zu Gast. Los geht es um 19.30 Uhr, der Eintritt ist frei. [rat]

und Linke wurde in Konsequenz darauf im nordrhein-westfälischen Landtag eine Änderung der Gemeindeordnung beschlossen, die in Paragraph 66 eine Abwahlmöglichkeit des Hauptverwaltungsbeamten durch die Anwohner\*innen ermöglicht. In Folge eines erfolgreichen Bürgerbegehrens kann nun letztlich durch ein Bürgerentscheid das Stadtoberhaupt abgewählt werden. Dazu muss ein Quorum erfüllt sein, das sich an der Einwohner\*innenzahl der Stadt orientiert.

Schlussendlich wurde der CDU-Politiker nach der Loveparade-Katastrophe 2012 mit einer Mehrheit von 85,75 Prozent in einem Bürgerentscheid seines Amtes enthoben. Vier Jahre nach seiner Abwahl meldete er sich erst wieder öffentlich zu Wort. Gegenüber der *Zeit* betonte Sauerland, der heute in einem Reisebüro im Familienbetrieb arbeitet, er hätte die Loveparade nie in Duisburg gewollt und trüge keine Verantwortung für den Tod der 21 Menschen. Durch die Schuldzuweisungen an ihn hätte man lediglich ein Opfer gefunden. [fro]

# Zeitungsredakteur\*innen gesucht



**Du:**

- hast bereits journalistische Erfahrungen oder großes Interesse, journalistisch zu arbeiten?
- hast ein gutes Sprachgefühl und Lust auf Recherchearbeit?
- kannst auch unter Zeitdruck Texte produzieren?
- hast Lust, in einem gleichberechtigten Team mit großer Verantwortung mitzuarbeiten?
- kannst mit Adobe InDesign, Adobe Photoshop und Wordpress umgehen oder bist bereit, dir diese Fähigkeiten zeitnah anzueignen?
- fühlst dich der Studierendenschaft verbunden und engagierst dich gegen Diskriminierung?
- kennst die emanzipatorischen Initiativen und sozialen Bewegungen auf dem Campus und in der Region?
- kennst dich in der regionalen Kulturszene aus oder möchtest dich in diesen Bereich einarbeiten?
- willst mit großem Engagement, mit Kreativität und Eigeninitiative bei einem unabhängigen studentischen Medium mitarbeiten?

**Der AStA der Universität Duisburg-Essen sucht zur Verstärkung der aktuell-Redaktion eine\*n neue\*n Redakteur\*in.**

akduell-Redakteur\*innen werden mit einem festen Rahmenvertrag ausgestattet und über Zeilengeld und ein Produktionshonorar (70 EUR pro Produktion) bezahlt. Außerdem gibt es ein festes Honorar für die Online-Redaktion (30 EUR pro Ausgabe). Während der Vorlesungszeit erscheint aktuell wöchentlich, in der vorlesungsfreien Zeit in der Regel zweiwöchentlich. Die Zeitung wird Montags von fünf Redakteur\*innen von 8 bis 16 Uhr produziert, Mittwochs findet eine Redaktionssitzung mit allen Mitgliedern von 12 bis 14 Uhr statt.

Bitte sende deine aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen, gerne mit beigefügten Textproben von dir, bis spätestens Sonntag, **14. Mai 2017** an: [vorsitz@asta-due.de](mailto:vorsitz@asta-due.de)

**Impressum**

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

**Herausgeber:** AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Nadine Bendahou u.a.

**Projektkoordination:** Christian Patz

**Anschrift:** aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

**Comic:** Jennifer van de Sandt

**Gestaltung:** Alexander Bönninger

**Redaktion dieser Ausgabe:** Maren Wenzel (mac), Philipp Frohn (fro), Daniel Veutgen (dav), Meiko Humismann (mehu), Sarah Dannehl (caro), Robin Dullinge (rod), Mirjam Ratmann (rat)

**V.i.S.d.P.:** Philipp Frohn (fro)

**Auflage/Druck:** 3.000 / Megadruck, Westerstede

**E-Mail:** [redaktion@akduell.de](mailto:redaktion@akduell.de)

**Web:** [www.akduell.de](http://www.akduell.de)

**HIRNAKROBATIK**

9	5						
6			9				
1	8		7	2	3	5	
			3				1 7
1	3					8	4
6	7				1		
		6	9	5	8		7 1
				1			6
						9	5

**Bilder Geschichten**

